Soziale Politik?

AKTIONSTAG
21. 2006
OKTOBER
BERLIN | DORTMUND
MÜNCHEN | STUTTGART
WIESBADEN

„Das geht besser."

Aber nicht von allein!

DGB

ver.di

Vereinte Dienstleistungs-gewerkschaft

www.wipo.verdi.de

ES KOMMT IMMER DICKER

Viele haben gedacht: Dicker kann es nicht kommen. Nach der rot-grünen Agenda. Doch es kommt noch dicker: mit der großen Koalition. Jedenfalls wenn wir uns nicht wehren.

Gesundheitsreform: Schlechtere Leistungen drohen. Versicherte werden belastet durch Zusatzbeiträge. Immer mehr Zwei-Klassen-Medizin.

Rente mit 67: Ein Großteil der Beschäftigten hält schon heute nicht bis zur Altersgrenze durch. Renten werden weiter gekürzt.

Steuerpolitik: Die Mehrwertsteuer wird auf 19 Prozent erhöht. Insgesamt werden 30 Milliarden Euro bei der Bevölkerung abkassiert. Den Konzernen fünf Milliarden geschenkt.

Arbeitslosengeld II: Jugendliche unter 25 Jahren erhalten nur noch 276 Euro. Davon kann man nicht leben. Jetzt drohen weitere Kürzungen.

Kündigungsschutz: In den ersten 24 Monaten eines neuen Jobs heißt es: Arbeit ohne Kündigungsschutz. Jeden Tag kann man entlassen werden. Das ist Willkür!

Warum diese Politik gegen die Bevölkerung? Der Kerngedanke ist: Die Unternehmen weiter entlasten. Weniger Sozialversicherungsbeiträge, weniger Steuern, mehr Gewinne! Und gefügigere Beschäftigte.

! Unternehmen sollen weiter entlastet werden

„Wir leben über unsere Verhältnisse," hören wir immer wieder. Ist da nicht doch etwas dran?

Unser Land ist reich. Und der Reichtum wächst immer mehr. 26 Milliarden Euro war 2005 der Zuwachs des Volkseinkommens! Wir, die Beschäftigten haben davon aber nichts abbekommen. Mehr noch. Wir haben sechs Milliarden eingebüßt! Unternehmen, Reiche und Vermögende haben dafür 32 Milliarden Euro mehr.

Und die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft? Deutschland ist Exportweltmeister. Jahr für Jahr riesige Exportüberschüsse.

Die Binnennachfrage macht dagegen schon lange schlapp. Kein Wunder: Auch der Staat gibt immer weniger Geld aus. Für Bildung und Erziehung fehlen die Mittel. Brücken und Straßen verfallen. Und bei der Lohnentwicklung liegen wir weit hinten. Während seit 1995 die Löhne in der EU deutlich gestiegen sind, tritt Deutschland auf der Stelle. Die Reallöhne stagnieren.

Diese Politik richtet sich gegen die Menschen. Deshalb müssen wir uns wehren. Und für Alternativen kämpfen.

! Ohne Gegenwehr droht die weitere Talfahrt

GESUNDHEITSREFORM: AUF UNSERE KOSTEN

Ein Gesundheitsfonds soll ab 2008 eingeführt werden, in den alle gesetzlich Versicherten und die Arbeitgeber einzahlen. Die Krankenkassen erhalten ihr Geld dann aus diesem Fonds. Die Beitragssätze werden von der Politik festgesetzt. Zuvor werden sie um rund 0,5 Prozent steigen. Schon heute ist klar, dass das nicht reicht.

2008 wird mit einer Lücke von etwa acht Milliarden Euro zwischen Einnahmen und Ausgaben gerechnet. Trotz der Zusatzbelastungen der Versicherten in den letzten Jahren.

Höhere Beiträge und schlechtere Leistungen

Extra-Beiträge drohen. Sie wären allein von den Versicherten zu zahlen. Jede Kasse wird dies vermeiden wollen, um keine Mitglieder zu verlieren. Viele Kassen werden dann Leistungen kürzen; das soll Kosten sparen.

! Gesundheitsfonds und „Extra-Beitrag" der Versicherten belasten vor allem die Schwachen

Mit dem Gesundheitsfonds wird der bewährte Einzug der Sozialbeiträge aufgegeben. Jede Menge Umstellungsprobleme sind die Folge. Weniger Bürokratie? Fehlanzeige!

Private Versicherungen sind die Gewinner

Private Versicherungen beteiligen sich nicht am Solidarausgleich. Solidarität im Gesundheitswesen findet weiter ohne die Privatversicherten statt.

Die Pharma- und Apothekerlobby wird von einer Positivliste verschont. Mit der Liste könnten unwirksame oder überteuerte Medikamente am besten ausgeschlossen werden. Ein unabhängiges Institut soll jedoch künftig neue Medikamente überprüfen. Ein Schritt in die richtige Richtung. Ob sich das im praktischen Einsatz bewährt, muss sich noch zeigen.

Die niedergelassenen Ärzte bekommen mehr Geld. Krankenhäuser dürfen weiter nur in Ausnahmen ambulant behandeln. Sparpotenziale werden nicht genutzt.

AKTIONSTAG 21. OKTOBER 2006 BERLIN | DORTMUND MÜNCHEN | STUTTGART WIESBADEN

! Wir wollen ein solidarisches Gesundheitswesen

Die Alternativen: Wir wollen eine hochwertige und wirtschaftliche Gesundheitsversorgung. Dafür brauchen wir Vorbeugung und Zusammenarbeit von Pflegediensten, Therapeuten, Ärzten und Krankenhäusern. Und gute Bedingungen für die Beschäftigten.

- Eine Positiv-Liste mit wirksamen und wirtschaftlichen Medikamenten.
- Eine solidarische Bürgerversicherung. Alle Bevölkerungsgruppen müssen schrittweise einbezogen werden.
- Eine Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze. Wer mehr verdient, muss auch höhere Beiträge zahlen. Auf Kapitalerträge und ähnliches müssen ebenfalls Beiträge erhoben werden.

RENTE MIT 67: LÄNGER ARBEITEN – WENIGER GELD!

Mit 67 erst in Rente? Die Bundesregierung will ab 2012 die Altersgrenze schrittweise bis 2029 auf 67 Jahre anheben.

In vielen Betrieben werden schon heute keine über 50-Jährigen mehr beschäftigt. Nur 40 Prozent der über 55-Jährigen sind noch erwerbstätig. Ältere sind besonders von Arbeitslosigkeit betroffen.

Rente mit 67 ist auch gesundheitspolitisch fatal: Ein Großteil der Beschäftigten hält nicht einmal bis zur heutigen Altersgrenze von 65 Jahren durch. Ursachen sind: Immer mehr Hektik und Druck, unsichere Jobs und belastende Arbeitsbedingungen.

! Früher war man nach der Arbeit müde, heute ist man kaputt

Rente mit 67 heißt: Wer künftig mit 65 geht, erhält 7,2 Prozent weniger Rente. Entlastet werden wieder die Unternehmen durch geringere Rentenversicherungsbeiträge und somit geringere Arbeitskosten.

Durch die Gesetzgebung der letzten Jahre und die Pläne der großen Koalition wird es bis Mitte des nächsten Jahrzehnts kaum Rentenerhöhungen geben. Wegen der Preissteigerung bedeutet das Rentenkürzung. Verbreitete Altersarmut droht – besonders Frauen sind betroffen.

... und die Alterung der Bevölkerung?

Wegen der Altersentwicklung der Gesellschaft sei die Rente mit 67 unumgänglich. Sagt die Regierung.

Aber die Produktivität wird steigen. Um jährlich 1,8 Prozent. Sagen sogar Berater der Regierung. Die Folge: Trotz langfristig sinkender Zahl der Beschäftigten wird jedes Jahr mehr gesellschaftlicher Reichtum erarbeitet.

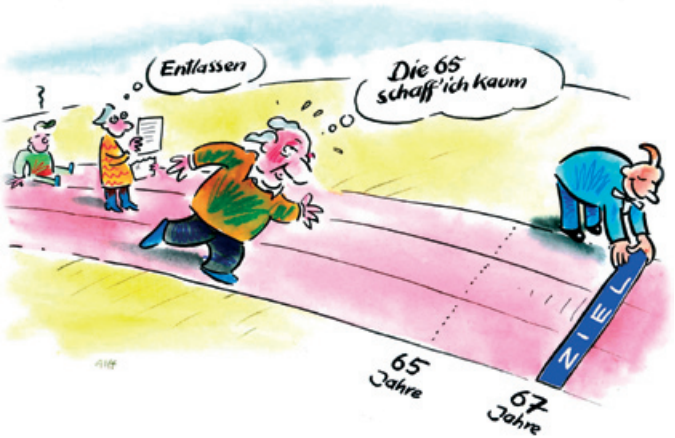
! Steigerung der Produktivität gleicht Alterung der Gesellschaft mehr als aus.

AKTIONSTAG 21. OKTOBER 2006 BERLIN | DORTMUND MÜNCHEN | STUTTGART WIESBADEN

Würde man diesen erarbeiteten Reichtum auf alle gleichmäßig verteilen, hätten im Jahr 2030 jede und jeder etwa 40 Prozent mehr. Die Verteilung ist aber der Haken. Unternehmer und Kapitalbesitzer wollen sich die Zuwächse in die eigene Tasche stecken. Und die Regierung unterstützt sie noch dabei.

Die Alternativen: Kräftige Lohnsteigerungen, damit der wachsende Reichtum auch bei uns ankommt. Die Erhöhung der Beiträge darf kein Tabu sein. Durch Rente mit 67 wird gerade einmal ein halber Beitragssatzpunkt gespart.

- Flexible Ausstiegsmöglichkeiten bis 65, etwa Regelungen zur Altersteilzeit. Leichterer, abschlagsfreier vorzeitiger Renteneintritt.
- Verbesserte Erwerbsminderungsrenten.
- Selbstständige, Freiberufler, Politiker und künftige Beamte müssen schrittweise in die gesetzliche Rentenversicherung einbezogen werden.
- Alle Erwerbstätigkeiten müssen voll rentenversichert werden.



STEUERN: ABKASSIERT WIRD BEI UNS

Rund 30 Milliarden Euro sollen abkassiert werden. Bei uns.

Die Regierung sagt, sie braucht das Geld. Kein Wunder. Rot-Grün und CDU/CSU haben massiv Geld verschenkt. An Reiche und Konzerne.

100.000 Euro weniger zahlt heute ein Einkommensmillionär. Jedes Jahr. Steuergeschenke an Reiche kosten jährlich über zehn Milliarden Euro. Aktiengesellschaften und GmbHs wurden ebenfalls beschenkt. Jedes Jahr kostet das weitere 20 Milliarden Euro.

Die große Koalition treibt das Geld bei uns ein

19 Prozent Mehrwertsteuer. Im Wahlkampf kündigte die CDU 18 Prozent an. Die SPD versprach: Verbleib bei 16 Prozent. Der Kompromiss zwischen 16 und 18 heißt 19. Die Logik der großen Koalition!

Menschen mit geringen Einkommen, Erwerbslose, kinderreiche Familien, Rentnerinnen und Rentner werden am härtesten getroffen.

! Mehrwertsteuer: Mindestens 20 Milliarden Euro werden abkassiert

Die Entfernungspauschale gibt es erst ab dem 20. Kilometer. Monatlich 40 Euro weniger im Durchschnitt bei Pendlern. 15 Millionen Beschäftigte sind betroffen.

Abfindungen werden voll steuerpflichtig. Kosten für ein Arbeitszimmer können nicht mehr abgesetzt werden. Der Sparerfreibetrag wird halbiert. Die Eigenheimzulage für Häuslebauer wurde bereits gestrichen.

Neue Steuergeschenke für Konzerne

Die Regierung jammert über klamme Kassen. Aber fünf Milliarden Euro will sie verschenken. Wieder an Aktiengesellschaften und GmbHs. Damit die mehr Arbeitsplätze schaffen. Das hat 2001 schon nicht geklappt. Nur die Gewinne stiegen munter weiter.

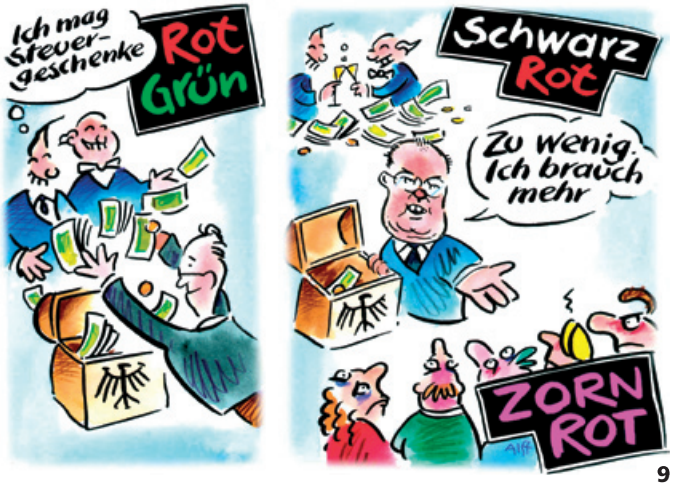
! Den Konzernen sollen fünf Milliarden geschenkt werden

Die tatsächliche Steuerbelastung der Gewinne liegt bei 15 Prozent. Weit unter dem EU-Durchschnitt. Würde der gezahlt, hätte Steinbrück 20 Milliarden Euro mehr in der Kasse.

! 30 Milliarden Euro weniger Konsum – das gefährdet die Konjunktur und bedroht Arbeitsplätze

Die Alternativen: Das Konzept Steuergerechtigkeit von Gewerkschaften und attac bringt mindestens 40 Milliarden Euro:

- Besteuerung großer Vermögen, Anhebung des Spitzensteuersatzes, höhere Erbschaftsteuer.
- Mehr Steuern für Konzerne unter anderem durch Stopfen von Steuerschlupflöchern, keine Steuerfreiheit für Verlagerungen.
- Konsequente Bekämpfung von Steuerflucht und Steuerhinterziehung.



HARTZ IV: VIEL ARMUT – WENIG ARBEIT

Ein „Optimierungsgesetz" jagt das nächste. Optimiert wurde zumeist die weitere Verarmung, insbesondere die von Familien und Kindern.

Selten wurde es besser: Bei der Angleichung des Arbeitslosengelds II im Osten auf Westniveau. Meistens wurde es schlechter. Zum Beispiel können unter-25-Jährige ihre eigene Wohnung vergessen. Sie müssen jetzt bei den Eltern bleiben. Und sie bekommen 69 Euro weniger.

Kostenexplosion?

Die Kosten laufen aus dem Ruder – sagen die Politiker. Darum soll weiter gekürzt werden.

Die Leistungen beim Arbeitslosengeld I wurden massiv zusammengestrichen. Immer weniger Arbeitslose bekommen Arbeitslosengeld I und immer mehr rutschen ins Arbeitslosengeld II. 2006 spart die Bundesagentur so mindestens sechs Milliarden Euro – beim Arbeitslosengeld II müssen drei Milliarden mehr ausgeben werden. Die Bilanz: ein Plus von über drei Milliarden Euro für die öffentliche Hand. Durch die Hartz-Gesetze. Von Kostenexplosion kann keine Rede sein. Die Politik spart zu Lasten der Betroffenen.

! Mehr Druck auf Arbeitslose bringt keinen einzigen Arbeitsplatz

Arm trotz Arbeit

„Arm trotz Arbeit" wird immer mehr zur Realität. Rund eine Million Menschen haben so niedrige Einkommen, dass sie ergänzend Arbeitslosengeld II bekommen müssen. Dies führt zu Mehrausgaben beim Arbeitslosengeld II.

Auf dem Rücken der Arbeitslosen wurden schon mehrere Milliarden gespart. Unternehmerverbände und Regierungsberater fordern weitere Kürzungen. Einige wollen das Arbeitslosengeld II um 30 Prozent kürzen. Das Ifo-Institut in München empfiehlt der Politik, das Arbeitslosengeld II faktisch zu streichen. Das würde Millionen von Erwerbslosen zwingen, jeden Job für jeden Lohn anzunehmen.

Wer heute noch gut bezahlte Arbeit hat, wird morgen durch Billigjobber verdrängt. Löhne sinken, Arbeitsbedingungen verschlechtern sich.

Das Arbeitslosengeld II liegt bereits heute weit unter der Armutsgrenze der EU. Sozialverbände haben nachgerechnet. Um 20 Prozent müsste der monatliche Regelsatz steigen.

Die Alternativen:

- Das Arbeitslosengeld I für Ältere muss wieder länger gezahlt werden.
- Die Zumutbarkeitsregelungen müssen vor Lohndumping schützen. Niemand darf gezwungen werden, unter Tarif oder unterhalb der ortsüblichen Entlohnung zu arbeiten.
- Das Arbeitslosengeld II muss armutsfest gemacht werden. Die Sozialverbände fordern einen Regelsatz von 420 Euro monatlich.

ABBAU VON ARBEITNEHMERRECHTEN

In den ersten 24 Monaten eines neuen Jobs gibt es künftig keinen Kündigungsschutz. Plant die große Koalition. Jeden Tag kann man wieder rausgeschmissen werden. Ohne Begründung! Ein Verstoß gegen die Menschenwürde.

! Beschäftigte 24 Monate ausprobieren?

Bisher gab es ohnehin schon Befristungen. Auch ohne sachlichen Grund. Immer mehr Unternehmer haben dies ausgenutzt. Um die Probezeit faktisch zu verlängern. Und um die Beschäftigten bequem wieder loszuwerden. Das soll nun die Regel werden.

Der Kündigungsschutz hält die Unternehmer angeblich davon ab, neue Leute einzustellen. Sagt die Bundesregierung. Zahlreiche Untersuchungen belegen das Gegenteil: Der Umfang des Kündigungsschutzes hat keinen Einfluss auf Neueinstellungen. Unternehmer stellen ein, wenn sie Aufträge haben. Und nicht weil sie leichter kündigen können.

! In Frankreich hat die Bevölkerung die verlängerte Probezeit für junge Leute zu Fall gebracht

Immer weniger Kündigungsschutz

Alle bisherigen Verschlechterungen beim Kündigungsschutz haben keine neuen Arbeitsplätze gebracht. Nur Angst und Verunsicherung. Und Gefügigkeit. Löhne werden gedrückt, Arbeitsbedingungen verschlechtert. In der Kasse der Unternehmer klingelt es immer lauter.

Nun ist auch die Mitbestimmung bedroht. Die SPD hat im Koalitionsvertrag zwar durchgesetzt, dass Änderungen nur mit Einverständnis aller gesellschaftlichen Gruppen – auch der Gewerkschaften – möglich sein sollen. Doch die Arbeitgeberfunktionäre machen Druck: Gewerkschaftsvertreter raus aus den Aufsichtsräten, Montanmitbestimmung beseitigen. Unternehmer wollen nach Gutsherrenart schalten und walten.

AKTIONSTAG 21. OKTOBER 2006 BERLIN | DORTMUND MÜNCHEN | STUTTGART WIESBADEN

Weniger Kündigungsschutz und Mitbestimmung bedeuten: weniger Gegenwehr. Gegen Lohnkürzung, Arbeitszeitverlängerung und Arbeitsplatzabbau. Die CDU sagte es offen in ihrem Programmentwurf: Eine zehn bis 15-prozentige Lohnsenkung muss her. Das geht am besten, wenn noch mehr Menschen als heute sich nicht trauen, für ihre Interessen einzutreten.

! Beschäftigte sollen noch erpressbarer werden – um Löhne zu senken

Die Alternativen:

- Keine Verschlechterung des Kündigungsschutzgesetzes.
- Betriebsbedingte Kündigungen des Arbeitgebers nur bei wirtschaftlicher Notwendigkeit und mit Zustimmung des Arbeitsgerichts.
- Abschaffung der Befristungen ohne sachlichen Grund.
- Verteidigung und Weiterentwicklung der Mitbestimmungsrechte.

EINE ANDERE POLITIK IST NÖTIG

Senkung der Sozialstandards, weitere Umverteilung von unten nach oben und Beschneidung von Arbeitnehmerrechten: Das ist die Politik der großen Koalition!

Für sichere und mehr Arbeitsplätze

Die Gewerkschaften wollen mehr öffentliche Investitionen, die Stärkung der Nachfrage und eine gerechte Verteilung der Arbeitszeit.

! Zukunftsinvestitionsprogramm für Arbeit, Bildung, Erziehung und Infrastruktur

Wir wollen ein Zukunftsinvestitionsprogramm. Um die Infrastruktur zu sanieren und den Bildungs- und Gesundheitssektor auszubauen. Je nach Ausgestaltung können bis zu einer Million zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden. Und es nützt der Bevölkerung.

Wir wollen die Nachfrage stärken. Neben mehr öffentlichen Investitionen durch eine Rentenpolitik, die den Lebensstandard im Alter sichert. Und durch unsere Tarifpolitik, die für steigende Einkommen sorgt.

Wir wollen keine Arbeitszeitverlängerung und langfristig Arbeitszeitverkürzung. Ein neues Arbeitszeitgesetz ist notwendig. Es muss der schrankenlosen Ausweitung der Arbeitszeiten Grenzen setzen.

Wir wollen einen Mindestlohn. Die Unternehmensgewinne steigen und steigen. Gleichzeitig arbeiten über sieben Millionen Menschen für Niedriglöhne. Viel zu viele. Und der Druck auf alle Beschäftigten wächst.

! Das Risiko wächst für viele, auf einen Armutslohn abzurutschen

AKTIONSTAG 21. OKTOBER 2006 BERLIN | DORTMUND MÜNCHEN | STUTTGART WIESBADEN

Darum wollen wir tarifliche und gesetzliche Mindestlöhne. Einen existenzsichernden gesetzlichen Mindestlohn als absolute Untergrenze. Ein branchenbezogenes Mindestentgelt, das die jeweilig untersten Tarifentgelte gesetzlich vorschreibt, wo diese höher sind.

Der gesetzliche Mindestlohn soll zunächst 7,50 Euro betragen und dann gesteigert werden. Viele EU-Länder haben sogar höhere Mindestlöhne: Großbritannien 7,80 Euro, Frankreich 8,00 Euro und Luxemburg 8,69 Euro.

Erfahrungen im Ausland belegen: Der Mindestlohn gefährdet keine Arbeitsplätze. In Deutschland würde er mindestens 70.000 Arbeitsplätze schaffen. Viele Unternehmer machen mit Armutslöhnen dicke Extra-Gewinne. Kommt der Mindestlohn, ist damit Schluss.

! Viele Unternehmer profitieren von niedrigen Löhnen

Manch kleiner Betrieb hat es auch nicht „dicke". Manche werden die Preise etwas erhöhen müssen. Da alle den gleichen Mindestlohn zahlen müssen, kann aber kein Betrieb mit Lohndumping aus der Reihe tanzen.

Wir wollen Generationensolidarität. Die große Koalition und die Wirtschaft spielen Jung und Alt gegeneinander aus. Den Älteren wird eingeredet, sie seien schuld an den angeblich überbordenden Rentenausgaben. Gleichzeitig wird den Jugendlichen erklärt, sie müssten immer mehr Lasten für die Alten übernehmen. Doch wir lassen uns nicht gegeneinander ausspielen.

! Wir wollen einen flexiblen Ausstieg bis 65, Ausbildungsplätze für alle Jugendlichen und menschenwürdige, gute Arbeit

Wir streiten für alters- und alternsgerechte Arbeitsbedingungen. Und für eine Ausbildungsplatzabgabe: Wer nicht ausbildet muss zahlen!

Herausgeber: ver.di - Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft · Paula-Thiede-Ufer 10 · 10179 Berlin · Verantwortlich: Frank Bsirske
Bearbeitung: Michael Schlecht (Bereichsleiter), Ralf Krämer, Dr. Sabine Reiner, Dr. Norbert Reuter, in Kooperation mit Bernhard Jirku, Herbert Weisbrod-Frey · Gestaltung: Hansen Kommunikation, Köln · Druck: apm AG, Darmstadt · W-2504-02-0806

Beitrittserklärung

ver.di

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft

ver.di - Bereich Wirtschaftspolitik · Paula-Thiede-Ufer 10 · 10179 Berlin
Online-Beitritt · **www.wipo.verdi.de**

per FAX an: 030 - 263 66 11 31

Ich möchte Mitglied werden ab: _____

Name, Vorname

Straße/Hausnummer

PLZ/Wohnort

Telefon (privat/dienstlich)

Geburtsdatum Krankenkasse

Geschlecht ☐ weiblich ☐ männlich

☐ Arbeiter/in ☐ Angestellte/r ☐ Beamtin/er
☐ Azubi ☐ Sonstige

☐ Vollzeit ☐ Teilzeit Anzahl Std.

Beschäftigt b. (Betrieb/Dienststelle/Firma/Filiale) Ort

Monatsbeitrag Euro _____

Werber/in Telefon

Mitgliedsnummer _____

Einzugsermächtigung:
Ich bevollmächtige die Gewerkschaft, den jeweiligen satzgungsgemäßen Beitrag bis auf Widerruf im "bzw. im Gehalts-/Lohnabzug

☐ monatlich ☐ halbjährlich
☐ vierteljährlich ☐ jährlich

einzuziehen

Name des Geldinstituts / Filiale (Ort)

Bankleitzahl Kontonummer

Datum/Unterschrift des Kontoinhabers

Der Mitgliedsbeitrag beträgt nach § 14 der ver.di-Satzung pro Monat 1 % des regelmäßigen monatlichen Bruttoverdienstes

Datenschutz
Ich erkläre mich gemäß § 4a Abs. 1 und 3 BDSG einverstanden, dass meine Beschäftigungs- und Mitgliedschaftsverhältnis betreffenden Daten, deren Änderungen und Ergänzungen, im Rahmen der Zweckbestimmung meiner Gewerkschaftsmitgliedschaft und der Wahrnehmung gewerkschaftspolitischer Aufgaben elektronisch verarbeitet und genutzt werden. Ergänzend gelten die Regelungen des Bundesdatenschutzgesetzes in der jeweiligen Fassung.

Datum Unterschrift